Transparenz in der Europäischen Union!

Initiativen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

Der Rücktritt der EU-Kommission unter Jacques Santer im März 1999 hat nur einen kurzen Blick auf die intransparenten Verhältnisse im EU-Apparat erlaubt. Transparenz ist noch keineswegs hergestellt, bleibt aber als Forderung auf der Tagesordnung. Sie bezieht sich nicht nur auf die EU-Kommission, sondern auch auf die beteiligten nationalen Regierungen, auf die Parteien und nicht zuletzt auf die großen Unternehmen.

Die ersten Jahrzehnte der EU waren durch Intransparenz in vielfacher Erscheinung geprägt. Dazu gehört beispielsweise die wachsende Zahl und Bedeutung der Finanz- und Steueroasen. Auch nach einem Jahrzehnt ist es jetzt immer noch nicht möglich, gemeinsame Regelungen zur Bekämpfung der privaten und kommerziellen Steuerhinterziehung zu installieren. Kleine Drogen-dealer, Asylbewerber und Armutsflüchtlinge aus Entwicklungsländern werden in der EU lückenlos erfaßt und in abgestimmter Weise (Schengener Abkommen) abgeschoben, während volkswirtschaftlich schädliche Geldströme in Milliardenhöhe den Zustand des Unantastbaren genießen.

In fast allen Ländern der EU ist die Korruption von Abgeordneten und Ministern immer noch nicht strafbar. Die illegale Finanzierung von großen Parteien durch un versteuerte Schwarzgelder oder aus Korruptionszahlungen ist bis heute Praxis. Bei der langjährigen deutschen Regierungspartei CDU stellt es sich gegenwärtig heraus, daß in der Bonner Zentrale zwei Jahrzehnte lang wie bei der sizilianischen Mafia Bargeld von anonymen Spendern landeten, auf Geheimkonten plazierte und an Günstlinge verteilt wurde. Treuhänder in Liechtenstein, Banken in der Schweiz und in Luxemburg waren eingeschaltet. Politische Entscheidungen wurden erkaufte - das Ausmaß und die Folgen ist noch unbekannt.

Großflächig angelegter Schmuggel von Zigaretten, Waffen, Drogen, Produktimitaten, Prostituierten usw. wird in der EU mithilfe zahlreicher Kleinkrimineller abgewickelt, organisiert von international operierenden Unternehmen, die einen „legalen“ Status vorweisen. In der EU-Kommission weiß man das, warum wird es toleriert? Dasselbe gilt für den systemischen Betrug mit der Mehrwertsteuer: Seit 1993

gilt in der EU das „Bestimmungslandprinzip“. Die Mehrwertsteuer wird in dem Land erhoben, in dem die Ware an den Endverbraucher verkauft wird. Mithilfe fingierter Rechnungen und fingierter (Zwischen-)Empfänger kassieren die Lieferanten die Mehrwertsteuer hintereinander mehrfach von den Finanzämtern verschiedener Länder. Die EU-Kommission schätzt den Schaden dieser „Karussellbetrügereien“ für die Haushalte der Mitgliedstaaten auf jährlich 300 Millionen Euro. Warum wird nichts geändert?

In der EU kumulieren die verschiedenen Intransparenzen - in der EU-Kommission selbst, in europäischen Parteien, in Großunternehmen, bei Subventionsempfängern - in einem undurchsichtigen Super-Mechanismus. Die mögliche Selbstbereicherung der Beteiligten ist dabei weniger wichtig als die Schäden für öffentliche Haushalte, Verbraucherpreise, Umwelt, Demokratie und für die Stagnation bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Seit einigen Jahren haben sich einige Nicht-Regierungs-Organisationen gebildet, die Transparenz fordern. Ein verbessertes Akteneinsichts-Recht gehört dazu. Richter, Finanzbeamte, Medienarbeiter, Wirtschaftsprüfer, Politiker und andere Berufsgruppen haben dazu ebenfalls zahlreiche Vorschläge vorgelegt. Es kommt darauf an, daß sie in der Öffentlichkeit mehr Gewicht bekommen.

Transparency International

1993 von dem ehemaligen Weltbank-Direktor Peter Eigen gegründet. Ziel ist die Bekämpfung der Korruption in Staat und Wirtschaft. Inzwischen nationale 70 Sektionen in Entwicklungs- und Industrieländern. Betreibt Lobbyarbeit bei Regierungen und Parlamenten und in internationalen Organisationen wie UNO, OECD und Weltbank. Hat u.a. in Deutschland dazu beigetragen, ein neues Korruptions-Bekämpfungsgesetz zu verabschieden. Strebt den Aufbau von „Inseln der Integrität“ an und stellt sich als Moderator bei der Vergabe öffentlicher Auftragsvergabe zur Verfügung.

e-mail der deutschen Sektion:
ti@transparency.de
homepage international:
<http://www.transparency.de>

Business Crime Control (BCC)

1991 von dem ehemaligen Beamten des Bundeskriminalamtes Dieter Schenk und dem Politikprofessor Hans See gegründet. Veranstaltete wissenschaftliche Kongresse u.a. zu „Wirtschaftskriminalität - kriminelle Wirtschaft“ und „Käufliche Wissenschaft“. Gibt vierteljährlich die Zeitschrift „Business Crime“ heraus.
e-mail: bcc-international@onlinehome.de
homepage: <http://www.bcccontrol@ipn.de>

Aktion Finanzplatz Schweiz

In der Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) sind ein gutes Dutzend Hilfs- und Solidaritäts-Komitees zusammengeschlossen, die sich mit den Beziehungen zwischen der Schweiz und den Entwicklungsländern befassen. Gegenüber den Schweizer Banken wird Transparenz z.B. bei den Fluchtgeldern ausländischer Diktatoren und bei den Krediten für Waffengeschäfte gefordert. AFP veröffentlicht vierteljährlich die „Finanzplatz-Informationen“ und Broschüren zu verschiedenen kriminellen Aspekten des Schweizer Finanzsystems, z.B. „Dossier Südafrika. Die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Südafrika in den 90er Jahren“ und „Mobutismus. Die Beziehungen Schweiz - Kongo/Zaire von 1965 - 1997“. Gegenwärtig wird u.a. der in Pretoria stattfindende Prozeß gegen den südafrikanischen Geheimdienstler Wouter Basson ausgewertet: er wickelte das Apartheid-Programm für chemische und biologische Waffen mithilfe zahlreicher Tarnfirmen in der Schweiz, Luxemburg, Belgien und den Cayman Islands ab.

AFP, Drahtzugstraße 28, CH - 4057
Basel. Tel. 061-6931700. e-mail:
afp@datacomm.ch

Appell von Genf

Sieben Richter und Staatsanwälte aus fünf europäischen Ländern (Schweiz, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien) gründeten 1996 den „Appell von Genf“. Sie wollen die internationale Rechtshilfe verbessern, denn die Justiz in den EU-Staaten ist vor allem bei der grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Finanzkriminalität noch stark behindert.

e-mail: rden@free.fr

Werner Rügemer

e-mail: wer_ruegemer@flashmail.com
Mitglied von Transparency International.
Bücher: Staatsgeheimnis Abwasser;
Wirtschaften ohne Korruption?